Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsständlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel; Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile entsprechend an den dreigespaltenen Textzeilenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Donnerstag, den 2. Dezember 1926 — Nummer 269

Eröffnung der Reichserwerbslosenkonferenz

Berlin, 2. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Die Reichskonferenz der Erwerbslosen wurde gestern unter außerordentlich starker Beteiligung in den Germaniasälen eröffnet. Insgesamt sind gestern 429 Delegierte aus dem Reich und aus Berlin eingetroffen, von denen bis jetzt 419 registriert wurden. Heute Donnerstag werden noch weitere Delegierte erwartet. Von den eingetroffenen Delegierten gehören 254 der KPD und 33 der SPD an, 117 Delegierte sind parteilos, 13 gehören dem KJVD an und 2 sind Mitglieder der USPD. Die gewerkschaftliche Zugehörigkeit ergibt folgendes Bild: 299 gehören ADGB-Gewerkschaften an, 6 dem ZdA, 2 dem Butab, 2 christlichen Gewerkschaften, 3 der GdA und 107 sind gewerkschaftlich nicht organisiert. Bereits die gestrige Verhandlung zeigte, daß die Erwerbslosen nach der Schaffung einer einheitlichen und geschlossenen Kampffront der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter aller ausgebeuteten und werktätigen Schichten drängen. Die Konferenz nahm zunächst eine Resolution für die Freilassung des Genossen Max Hölz und der übrigen proletarischen politischen Gefangenen und eine Protestresolution gegen den weißen Terror in Italien an. Nach einer Begrüßungsansprache des Genosse Philipp sprach Genosse Pieck über die Bedeutung der Massenerwerbslosigkeit für die deutsche Arbeiterklasse und den Kampf für Arbeit und Brot.

In seiner heutigen Morgenausgabe nennt der „Vorwärts" die Reichserwerbslosenkonferenz eine Verhöhnung der Erwerbslosen und ein kommunistisches Theater. Nur die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften würden sich „ernsthaft" um die Erwerbslosen bemühen.

Neuer Anschlag auf die Erwerbslosen

Der Reichstag hatte bekanntlich in zwei Lesungen einem Gesetz zur Abänderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 zugestimmt. Nach diesem Gesetz sollen die bisherigen Bestimmungen über die Bedürftigkeitsprüfung in Wegfall kommen, statt dessen ist gesagt, daß eine bedürftige Lage dann vorhanden ist, wenn die Einnahmen des zu Unterstützenden derartig geringe sind, daß er nicht imstande ist, den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten. Des weiteren enthält das Gesetz Bestimmungen, daß bestimmte Leistungen aus der Wochenhilfe auf die Erwerbslosenunterstützung keine Anrechnung finden dürfen.

Zur Verhütung jeglicher Benachteiligungen der Erwerbslosen in bezug auf die Sozialversicherungen ist in dem Gesetzentwurf die Weiterversicherung der Erwerbslosen in der Invalidenversicherung vorgesehen. Die Verabschiedung dieses Gesetzes wurde bisher systematisch verschleppt, trotzdem die Kommunisten mehr wie einmal die 3. Lesung im Plenum verlangten. Statt dessen bereitet jetzt die Regierung ein neues Gesetz vor, das die Bestimmungen des in zwei Lesungen angenommenen vorgenannten Gesetzes aufheben soll. Dieses neue Gesetz soll demnächst vom Reichsrat verabschiedet und schon am kommenden Freitag im Plenum des Reichstages erledigt werden.

Der „elastische" Achtstundentag

Berlin, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Die Verhandlungen über das Arbeitsschutzgesetz der Regierung sind soweit gediehen, daß die Regierungsparteien einen Initiativantrag im Reichstag einbringen. Genaues wird darüber nicht gesagt, jedoch steht fest, daß ein sogenannter „elastischer" Achtstundentag eingeführt wird. Die Sozialdemokraten, die über das Ergebnis der Verhandlungen unterrichtet wurden, werden in ihrer heutigen Fraktionssitzung dazu Stellung nehmen.

Die Verhandlungen der Regierungsparteien über den Regierungsentwurf zum Arbeitsschutzgesetz sind demnach in vollem Gange. Was bei diesem Arbeits„schutz"gesetz herauskommt, das ist für jeden Arbeiter verständlich. Der sogenannte „elastische" Achtstundentag bedeutet nichts anderes als die Freizügigkeit der Unternehmer, den Arbeitstag nach ihren Wünschen und entsprechend ihren Profitinteressen zu verlängern.

Koalitionsvorbereitungen in Sachsen

Jetzt verschärfter Massendruck.

Daß am vergangenen Dienstag im Sächsischen Landtag keine andere Entscheidung fallen würde, wie sie sich ergab, war jedem einzelnen in Sachsen, der die Zeitungen auch nur einigermaßen verfolgt hatte, klar. Die KPD hatte die Erklärung, für den sozialdemokratischen Vorschlag zu stimmen, schon vorher genügend klar abgegeben. Der KPD war es dabei gleichgültig, ob die ASPS auch für den Sozialdemokraten stimmte; sie würde und wird ihre Haltung immer von dem Verhalten der Regierung abhängig machen.

Nicht dulden könnte die KPD jedoch, wenn die SPD mit der ASPS bindende Verpflichtungen eingehen würde, oder wenn sie sich gar bereiterklärte, einen ASPS-Minister aufzunehmen. Eine solche Regierung, auch wenn sie durch Verpflichtungen und nicht durch einen beteiligten Minister gebunden wäre, wäre schon eine bürgerliche Koalitionsregierung, wäre aber auch der erste Schritt zur Versöhnung der SPD mit der ASPS, der verstärkte Betrug der Arbeiter, die mit den Veltke-Sozialdemokraten nichts mehr zu tun haben wollen. Die enge Bindung und Zugehörigkeit zum Bürgertum wird in der Zeitung der ASPS am 30. November nochmals eingehend unterstrichen. Die Unterstützung einer Regierung, die auch von den Kommunisten unterstützt werde, wird abgelehnt. Dabei charakterisiert die ASPS sich treffend selbst, sie sei eine staatspolitische Partei, sie denke staatspolitisch; was für das Reich Ebert und Noske gewesen, das seien die ASPS-Leute für Sachsen. Sie haben dafür auch das gleiche Schicksal erlitten wie Ebert und Noske. Aber ihre Politik sei die Erfolg verheißende. Mit den Kommunisten zusammenzugehen, das sei unmöglich, das widerspricht dem Nationalismus der ASPS. Die Kommunisten seien „eine russische Fremdenlegion auf deutschem Boden". (Es scheint uns hier nicht der Platz, uns mit den ASPS-Leuchen über „Nationalismus" auseinanderzusetzen, aber wir werden demnächst einmal dazu Gelegenheit nehmen.)

Von den sächsischen Sozialdemokraten erklärt dann der „Volksstaat", sie seien „verhinderte Kommunisten". Dann folgt das Bekenntnis zum Bürgertum, das an Deutlichkeit zum mindesten nichts zu wünschen übrig läßt. Der „Volksstaat" schreibt:

> „Rechts von ihr (der ASPS — d. Red.) aber steht das Bürgertum mit seinem so ganz anderen Lebensgefühl. **Mit ihm soll sie, wie es die Dreiundzwanzig ja schon jahrelang getan haben, paktieren, soll sie paktieren, obschon sie jetzt nicht mehr Dreiundzwanzig, sondern nur noch vier Abgeordnete in die Wagschale zu werfen hat.**"

Das Lebensgefühl des Bürgertums, nicht das der Arbeiter, ist das Lebensgefühl der ASPS. Das Lebensgefühl des Bürgertums, das ist die ewige Lohnknechtschaft der Arbeiter, die ständige Ausbeutungs- und Profitwirtschaft. Das ist also auch das Lebensgefühl der ASPS. Jeder Arbeiter wird jetzt den Sinn der kommunistischen Erklärung verstehen, jeder wird begreifen, weshalb die KPD von Anfang an heftig gegen jede Unterstützung einer sozialdemokratischen Regierung Stellung nahm, die Bindungen mit der ASPS einging.

Nachdem jetzt im Landtag der erste Wahlgang des Ministerpräsidenten leergelaufen, jede Fraktion der bürgerlichen Parteien ihren Vorsitzenden, 4 Mann Held, einer Wirth und der nationalsozialistische Kapitänleutnant seinen Burschen, der Bursch seinen Kapitän gewählt, geht vorläufig das Manöver der parlamentarischen Schiebungen bis Dienstag weiter. Der Abgeordnete Bethke schreibt einen längeren Artikel, in dem er die große Koalition in Sachsen fordert. Die ASPS-Leutchen wissen, daß sie auch für das Bürgertum nichts mehr gelten, wenn sie restlos alle Arbeiter verloren haben. Sie betonen deswegen, die ASPS sei eine „Arbeiterpartei", der Mutterboden seien die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Sie wolle deswegen auch keine politischen Bindungen eingehen, die ihr diesen Boden entziehen. Diese Adresse ist an die Deutschnationalen gerichtet, wohl aber auch an die Volkspartei, die von der ASPS eine Unterstützung einer Regierung mit den Deutschnationalen verlangte. Gleichzeitig wendet sich Bethke mit folgenden Ausführungen beschwörend an die Bürgerlichen:

> „Nichts ist aber auch für die Staatsidee bedenklicher, als wenn die Sozialdemokratie **einer verstärkten Radikalisierung anheimfällt.** Und das müßte eintreten, wenn die SPD wieder in die bequeme Opposition gelassen wird, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse die Radikalisierung begünstigen und die kommunistische Konkurrenz naturgemäß zu einer weiteren Radikalisierung drängt. Verkannt sollte auch nicht werden, daß eine Opposition von 45 Radikalen bei einem Parlament von 96 Mitgliedern, dem noch zwei unberechenbare Völkische angehören, ein nicht unbedenklicher Machtfaktor sind. Das Ziel jeder einsichtigen Staatspolitik muß daher sein, **die SPD zur Mitverantwortung in die Regierung heranzuziehen.**"

Von dieser Politik hat Bethke schon einmal deutlicher geschrieben: „die SPD muß den Weg gehen, den die 23 gegangen sind." Die 23 wissen, daß die Koalitionspolitik nicht, wie die SPD den Arbeitern erzählen möchte, eine Personenfrage ist, sondern daß, wer mit den Kapitalisten arbeitet, deren Interessen vertreten muß.

Die Demokraten geben klar genug zu verstehen, daß auch sie mit einer Koalitionspolitik einverstanden sind. Nun hat auch die Volkspartei eine entscheidende Schwenkung vollzogen. Nachdem vor kurzem eine Erklärung dieser Partei

Verhindert den Schund- und Schmutzkuhhandel!

Von Kurt Rosenbaum.

Das Schundgesetz ist in zweiter Lesung im Reichstag vorläufig gescheitert. Die Großbourgeoisie, die nur willige und billige Lohnschreiber, nicht aber freidenkende Schriftsteller und Künstler haben will, bildet — darüber darf es keine Täuschung geben — einen festen Block mit den muckerischen Gestalten aus der Deutschnationalen Volkspartei, der Bayrischen Volkspartei und dem Zentrum. Dieser feste Block ist sich völlig einig in der Grundlage der Schaffung eines Gesetzes zur Vernichtung aller revolutionären Literatur, aller freidenkerischen und sonstwie fortschrittlichen Schriften. Der Differenzpunkt liegt lediglich in abweichenden Auffassungen über die Organisation des bürgerlichen Klassenstaates. Die Großbourgeoisie, am klarsten verkörpert durch die Deutsche Volkspartei, teilweise auch durch die Demokraten (Bankkapital), strebt aus kapitalistischen Gründen zum „Einheitsstaat" und will ihre Einstellung auch im Schundgesetz in Form von Reichsprüfstellen durchsetzen. Deutschnationale, Zentrum, Bayern sind zum entscheidenden Teile nicht großkapitalistisch orientiert, sondern vertreten die verschiedenartigsten Interessengruppen, die gleicherweise partikularistisch bis separatistisch eingestellt sind und deshalb im Schundgesetz Länderprüfstellen verlangen.

Das ist der Kern der „Differenzen". Daran scheiterte die Annahme der beiden Paragraphen, die sich mit den Prüfstellen befassen. Von untergeordneter Bedeutung für die Anhänger des Schund- und Schmutzgesetzes ist es, ob die Religionsgesellschaften beprechtigt sein sollen oder nicht.

Bei diesem „Kernpunkt" muß die energischste Arbeit aller Gegner des Zensurgesetzes zum Zwecke der Verhinderung der Annahme in der dritten Parlamentslesung einsetzen. Hier beginnt nämlich der Kuhhandel zwischen der Deutschen Volkspartei und den Demokraten, evtl. den Sozialdemokraten. Man plant nicht mehr und nicht weniger, als die jetzt abgelehnten beiden Paragraphen mit „links" neu zu formulieren, um dann das ganze Gesetz mit Hilfe der Deutschnationalen, der Bayern und des Zentrums anzunehmen. Das ist Külzsche Strategie.

Um dieser Gefahr entgegenzutreten, muß der grundsätzlich klare Kampf gegen jedes kapitalistische „Schund- und Schmutzgesetz" gewaltig gesteigert werden. Unser Ziel muß sein, eine Differenzierung im Lager der bürgerlichen Parteien zu erzielen.

Zur Ermöglichung des verschärften Abwehrkampfes müssen wir uns klar sein, daß zwar das Proletariat geschlossen und die Schriftsteller, Künstler und Verleger nahezu geschlossen gegen die Külzerei stehen. Breite Schichten von Lesern guter fortschrittlicher oder gar revolutionärer Schriften aus dem Mittelstand sind jedoch noch vollkommen passiv und müssen in die Bewegung mit hineingezogen werden. Diesen Massen müssen wir klarmachen, daß die Großbourgeoisie und das Muckertum mit Hilfe des Schundgesetzes eine Monopolisierung der gesamten Literatur wollen. Die zentralisierte, öffentliche Meinungsmaschine, wie sie die bürgerliche Presse darstellt, genügt der Bourgeoisie nicht. Sie will auch die sogenannte „schöne Literatur" unter Ausschaltung jedes freiheitlichen und weltanschaulich fortschrittlichen Schrifttums in den Händen mittelalterlich gesinnter Leute monopolisieren. Leistet das Proletariat unter Führung der KPD in dieser Richtung energische Aufklärungs- und Aufrüttelungsarbeit, so wird der Differenzierungsprozeß im bürgerlichen Lager schnell fortschreiten und der Klassencharakter des Schund- und Schmutzgesetzes allgemein anerkannt werden.

Diese Arbeit allein wird den Kuhhandel um die beiden Paragraphen erschweren oder, wenn sie mit größter Energie durchgeführt wird, sogar unmöglich machen. Das Schundgesetz muß verschwinden und Külz, sein Adoptivvater und begeisterter Vorkämpfer, mit ihm!

Kompromißverhandlungen über das Schundgesetz

Protestdelegation der Künstler.

Berlin, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Die Verhandlungen über das Schund- und Schmutzgesetz sind immer noch nicht abgeschlossen. An den Verhandlungen nehmen jetzt auch die Völkischen und Deutschnationalen teil. Fest steht bis jetzt, daß drei Reichsprüfstellen gebildet, die aber im Benehmen mit den Länderregierungen gebildet werden. Für den Fall, daß eine Oberprüfstelle eingerichtet wird, ist von der deutschnationalen Fraktion vorgeschlagen worden, als Sitz dafür Leipzig zu bestimmen. Das „Berliner Tageblatt" nennt die Verhandlungen und Vorschläge unsauber und meint, Külz müßte, da bekannt sei, daß seine Partei nicht mehr hinter ihm stehe, die Konsequenzen ziehen und aus der Demokratischen Partei austreten.

Eine Reihe von Künstlern werden heute Delegationen in den Reichstag schicken, die noch einmal mit Vertretern der Parteien verhandeln sollen. Die Vereinigung linksgerichteter Verleger wendet sich in einem Aufruf an die Oeffentlichkeit und erklärt: „Wir werden weder Kosten noch Strafen scheuen, um das Gesetz und die Gesetzgeber im In- und Ausland der Lächerlichkeit preiszugeben."

*

Gewissermaßen als Vorboten zur Anwendung des Gesetzes wurde gestern in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht in Berlin-Schöneberg verkündet, daß der „Blasenspiegel" von Otto Corazin beschlagnahmt sei. Der Verleger erhielt eine Geldstrafe von 100 Mark.